

BUCHBESPRECHUNGEN

ROSA LUXEMBURG

POLITISCHE SCHRIFTEN III

Herausgegeben und eingeleitet von Ossip K. Flechtheim. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 1968. 156 S., kart. 12,— DM, Ln. 18,— DM.

Von Rosa Luxemburgs „Gesammelten Werken“, die in den zwanziger Jahren *Clara Zetkin* und *Adolf Warski* herausgeben wollten, sind nur drei Bände — von den neun geplanten — erschienen. Auch seither ist mit Ausnahme einiger Auswahlbände und einzelner Neudrucke kaum etwas von Rosa Luxemburg veröffentlicht worden. Um so verdienstvoller das Unternehmen Flechtheims, politische Schriften dieser humanistischen Sozialistin herauszugeben, von denen nun auch der dritte Band vorliegt.

Die „blutige Rosa“ — eine Humanistin? Gewiß hat die zarte Frau sich einmal als einen der beiden letzten Männer in der Partei bezeichnet (der andere war *Clara Zetkin*) und, bis zum Ekel angewidert von der Kriegspolitik ihrer Partei, 1916 die Worte geschrieben: „Was mich anbelangt, so bin ich in der letzten Zeit, wenn ich schon nie weich war, hart geworden wie geschliffener Stahl...“ Aber auch die in diesem Bande enthaltenen Schriften Rosa Luxemburgs bestätigen das Urteil Flechtheims, daß sie nie bereit gewesen sei, sich mit organisierter Gewalt, Lüge und Intrige abzufinden und Gewalt nur als zeitlich begrenzte Maßnahme zu einem konkreten Zweck und nie — wie dann vom Stalinismus praktiziert — als allgemeine Regel von dauernder Wirkung akzeptierte. Ihre frühe Auseinandersetzung mit der ersten, terroristischen, polnischen so-

zialistischen Organisation aus dem Jahre 1903, mit der dieser Band beginnt, bestätigt ebenso wie die berühmte, 1918 verfaßte Schrift über die russische Revolution, die ebenfalls in diesem Bande enthalten ist, daß Flechtheim gewiß recht hat, wenn er Rosa Luxemburg als „eine der letzten großen Humanistengestalten des 19. Jahrhunderts (das ja erst 1914 zu Ende ging!)“ und als „eine ungewöhnlich lichte und lautere Persönlichkeit“ charakterisiert.

In Rosa Luxemburgs Auseinandersetzung mit Lenin und seiner elitären und autoritären Parteikonzeption ist ein großer Teil der Auseinandersetzung präfiguriert, die heute ein humanistischer und demokratischer Marxismus mit dem Staats-, Polizei-, Panzer- und Lügen-Marxismus sowjetischer Herkunft führt. Ein anarchistischer Impuls war in ihr lebendig; sie glaubte an die Spontaneität und die Schöpferkraft der Massen, nicht an die erleuchtete Herrschaft irgendeiner Partei und ihrer Führer. Und proletarische Organisationen bejahte sie nur unter der Voraussetzung einer inneren Selbstverwaltung: die Willensbildung mußte demokratisch von unten nach oben erfolgen. Diese demokratische Kritik an der bolschewistischen Partei ist bereits in Rosa Luxemburgs 1904 veröffentlichtem Aufsatz „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ (ebenfalls in dem hier besprochenen Band enthalten) formuliert — dreizehn Jahre vor der Oktoberrevolution, ein Menschenalter vor Moskaus Intervention in der Tschechoslowakei. Rosa Luxemburg, die einmal von sich meinte, sie sei eigentlich „zum Gänsehüten geboren“ und kreise fast „aus Versehen im Strudel der Weltgeschichte herum“, verdient es, wieder gehört zu werden. Denn nicht nur ihre Gegner, auch ihre Mörder sind noch unter uns.

Dr. Arnold Künzli

GERHARD BEIER
SCHWARZE KUNST UND
KLASSENKAMPF

Geschichte der Industriegewerkschaft Druck und Papier und ihrer Vorläufer seit dem Beginn der modernen Arbeiterbewegung. Band I: Vom Geheimbund zum königlich-preußischen Gewerkverein. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 1966. 645 S., Ln. 45,— DM.

Was weiß der junge Mensch in unserem Lande von den Gewerkschaften, was weiß er von ihrer Geschichte? Was weiß selbst der Gebildete von diesem Teil der deutschen Wirklichkeit, der doch ein gestaltender, zuweilen rebellischer, stets aufbauender und konstruktiver Faktor des Geschehens gewesen und geblieben ist? Als ich jung war, kam ich in die Familie eines Freundes. Der Vater war Buchdrucker. Er erzählte oft aus seinem Leben, und aus der schmucklosen Darstellung dessen, was er erfahren hatte, entstand ein Bild der sozialen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, auch der rechtlichen und natürlich der politischen Tatsachen jener Jahrzehnte des vergangenen und des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts.

Das also war der Boden, auf dem wir Jungen standen. Der Buchdrucker war ein Helfer für seine Kollegen, er sagte: ein Funktionär, der in der Gewerkschaft tätig war. Und er war stolz auf seinen Verband! Er und seine Kollegen wurden ja in ihrem Beruf durch die Arbeit selbst angesprochen: sie lasen, schrieben, dachten nach und erkannten, und sie begannen zu planen, zu wollen und zu handeln. Sie gingen den natürlichen Weg des wach gewordenen Mitgliedes der menschlichen Gesellschaft, das seinen Standort sucht, findet und fest zu begründen weiß. Ein langer, für viel zu viele ein schmerzvoller Weg.

Wer ihn nachgehen möchte, ohne daß von ihm Opfer gefordert werden, mag diese Geschichte der Buchdrucker lesen. Er wird bereichert und er wird klüger sein, wenn er sie schließlich zur Seite legt.

Gerhard Beier hat keine sentimentale, keine „klassenkämpferische“, romantische, gefühlbetonte Rechtfertigung eines notwendigen Ringens um die Anerkennung tatsächlicher Leistung einer bedeutenden Gruppe der Arbeitnehmerschaft geschrieben, sondern eine streng historische Arbeit vorgelegt. Manchem mag das eine zu gewissenhafte Darstellung geworden sein — nichts aber wirkt stärker und nachhaltiger als die unumstößliche Tatsache, deren Gewicht erkannt zu werden vermag. Diese ausgezeichnete Leistung des Schriftstellers hat den Historiker ergänzt.

Wir haben zunächst nur den ersten Band vor uns, der für 1830 die ersten Geschehnisse verzeichnet und 1890 abschließt. Das waren die Jahrzehnte des härtesten Ringens um Gerechtigkeit. Und damals war keinesfalls nur, nicht einmal in erster Linie, von Lohnkämpfen, vom Arbeitsrecht und materiellen Forderungen die

Rede. „Daß Brot und Arbeit uns gerüstet steh'n" war gewiß für die Menschen wichtig und entscheidend. Aber „daß uns're Kinder auf den hohen Schulen lernen, daß uns're Greise nicht mehr betteln geh'n" — das gehörte genauso zu den Hoffnungen und Forderungen jener Zeit, die in diesem Bande dargestellt wird.

Die Buchdrucker waren „Pioniere der Arbeiterbewegung" (so die Überschrift eines Kapitels), denn sie waren durch Industrialisierung und durch asoziales Verhalten der herrschenden Schichten der Gesellschaft genauso verelendet worden wie die anderen und zwischen Legalität und Revolution aufgefordert, an die Spitze der Arbeiterbewegung zu treten. Beier hat mit sicherem Griff immer wieder die Vorgänge der gewerkschaftlichen und die Tatsachen der technischen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung verbunden, die als eine komplexe Ganzheit erkannt werden müssen, die sie tatsächlich bildeten. Die übliche Geschichtsschreibung pflegt nur einen Teil darzustellen, vor allem die grandiose Entwicklung der Industrie nach der Erfindung der Dampfmaschine und dem Vormarsch der Elektrizität. Das Programm der Arbeiter war sozialpolitisch bestimmt und das heißt — man muß dieses Kapitel besonders besinnlich lesen! — stets auch, daß kulturelle Forderungen, daß jenes „Bildung macht frei!" zu diesen Forderungen unlösbar hinzugehörten.

Ein Zitat aus Beiers erstem Teil, das besonders geeignet erscheint, dieses Buch und das, was es behandelt, abzugrenzen:

„Die Gewerkschaft selbst ist keine historische Individualität. Sie ist keine Monade und schon gar keine fensterlose Monade. Um als historische und gesellschaftliche Wesenheit begriffen werden zu können, muß sie entweder zusammen mit der Ausbildung der Unternehmerverbände oder zusammen mit der Ausbildung der Arbeiterpartei untersucht und dargestellt werden. Da es in dieser Darstellung weniger um wirtschaftliche als um politische Geschichte gehen soll, wird sie hier als Teil der modernen Arbeiterbewegung behandelt werden, als die ökonomische Seite der historischen Bewegung, deren politische Seite die Arbeiterpartei ist."

Wer nun aber meint, jetzt rausche es nur so von Parolen und von Elend und Kampf, der irrt. Kampf gab es genug: für freies Wort, für den unbehinderten Druck aufwühlender Manuskripte, für die Vereinigung der Gesellen und Gehilfen. Und erregend ist es zu lesen, wie sich die Zeiten und Methoden gleichen, damals zu heute. Den Protesten jedoch folgten die Vorschläge, nüchterne, präzise Konzepte für eine vernünftige Regelung der materiellen und beruflichen Wirklichkeit. Die einen saßen am längeren Hebel; sie hatten die Macht — und die anderen waren die Hoffenden. Wer

trug die Verantwortung dafür, daß die Unruhe immer von neuem ausbrach?

Dokument nach Dokument bezeugt in diesem Buche, wie sehr Entscheidungen der Unternehmer verknüpft sind mit politischen Überlegungen und dem aus ihnen entstehenden Willen. Die Wiedergabe von Karikaturen, Plakaten, Flugblättern und Illustrationen anderer Art lockert eine strenge Darstellung und sichert zugleich die Beweiskraft für einen Leser, der nun die Vergangenheit vor einhundert Jahren doch als die zu seiner Gegenwart führende erste Stufe erkennt, von der aus ein mühsamer Aufstieg begann und noch immer nicht beendet ist: der Weg zur sozialen Gerechtigkeit, zur Freiheit des Individuums, zur friedlichen Gemeinsamkeit der Menschen über Grenzen jeder Art hinweg.

Fritz Sängler

REDEN ZUM IV. KONGRESS DES
TSCHECHOSLOWAKISCHEN
SCHRIFTSTELLERVERBANDES

Mit einem Nachwort von Pavel Kohout. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt a. M., 1968. Kart. 3,— DM.

Das Aufbäumen des Volkes der Tschechoslowakei gegen das Novotny-Regime hat mit dem Schriftstellerkongreß Ende Juni 1967 eingesetzt. Die dort gehaltenen Reden durften damals nicht gedruckt werden, aber aus den Polemiken der Parteipresse gegen sie erfuhr die Bevölkerung den wichtigsten Inhalt. Erst nach dem Sieg des Reform-Kommunismus im Frühjahr 1968 konnte das Protokoll der Tagung veröffentlicht werden, und jetzt bringt der Suhrkamp-Verlag die wichtigsten der gehaltenen Reden in einer deutschen Übersetzung heraus.

Es ist eine verdienstvolle Tat. Die Reden sind nicht einfach ein Aufschrei „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!“, sondern oft sehr theoretische Abhandlungen über abstrakte Fragen; aber sie sind vom Hauch des Protestes gegen die Vergewaltigung des Geistes durchweht, ohne sich auf die Begriffswelt zu beschränken, die Schriftstellern am nächsten liegt. Die meisten der Redner sind organisierte Kommunisten, und wenn dem Regime von einem von ihnen — *Ludvik Vaculik* — zugerufen wird, es habe in zwanzig Jahren „keine menschliche Frage gelöst, von den Primärbedürfnissen wie Wohnungen, Schulen, der Prosperität der Wirtschaft bis zu den feineren Bedürfnissen, die undemokratische Weltsysteme nicht lösen können“, dann hat das die Herrschenden hart getroffen. — Rätselhaft ist, wie sich in die — an sich sehr guten — Übersetzungen zweimal das Nazi-Schmähwort „Tschechei“ als Bezeichnung für das Land einschleichen konnte.

Dr. J. W. Brügel

BOHUMIL FREI
TSCHECHOSLOWAKEI

Band 132 der Reihe „Geschichte und Staat“, Sonderreihe Olzog-Länderkunden, Olzog Verlag, München 1968. 168 S., 2,90 DM.

Es ist erfreulich, wenn man zu einer Veröffentlichung 100⁰/oig Ja sagen kann, und es ist um so erfreulicher, wenn das einem bescheiden und unscheinbar auftretenden Büchlein gilt. Eingehüllt in die Beschreibung einer Reise durch die Tschechoslowakei werden in leichtem Plauderton alle wissenswerten Informationen über das Land, dessen Geschichte, dessen Probleme und dessen Kultur geboten. Auch die heikelsten Probleme, wie die Aussiedlung der Deutschen, werden nicht umgangen, sondern wahrheitsgetreu dargestellt, weder etwas beschönigend noch etwas übertreibend. Der Autor hat eine außerordentliche Vertrautheit mit allem, was mit dem beschriebenen Land zusammenhängt, und er greift niemals daneben. Besonders begrüßenswert ist, daß deutschen Lesern die slowakische Problematik eingehend nähergebracht wird, die vielfach noch terra incognita ist. Wie oft mußten wir von dem „tschechischen Führer“ Dubcek lesen, obwohl dieser ein Slowake ist und überhaupt nicht tschechisch spricht! Sehr wertvoll sind die angeschlossenen statistischen Angaben (bis zum 21. 8. 1968 geführt).

Dr. J. W. Brügel

ALBERTO MORAVIA
DIE KULTURREVOLUTION IN CHINA

Eine Reise durch das China von heute. Aus dem Italienischen von Christa Windisch. Verlag Kurt Desch, München 1968. 194 S., Ln. 18,50 DM.

Der bekannte italienische Schriftsteller Alberto Moravia veröffentlichte neben seinen Romanen bereits Reiseberichte aus Indien und der Sowjetunion. Im vorliegenden Band über das uns nicht nur räumlich so weit entfernte China beschreibt er zunächst, was man sieht, „weil die Kulturrevolution greifbare Realität ist, die vor allem auf die Sinne einwirkt und danach erst den Geist beschäftigt“ (S. 33). Da sind z. B. die Wandzeitungen, in den Städten nahezu alle Flächen bedeckend; die zu einer Dauereinrichtung gewordenen Demonstrationen mit Fahnen und Mao-Bildern; da ist das kleine, rote Buch der Mao-Zitate, von den Rotgardisten stets sichtbar mitgeführt und geschwenkt.

Alle Chinesen, Männer wie Frauen, sind gleichgekleidet: blaue Hose, weißes Hemd, Sandalen. Sie besitzen nur das Notwendigste. Die Bedürfnislosigkeit, die „stolze, anständige Armut“ hat Moravia am stärksten auf seiner Reise beeindruckt. „China ist ein armes Land ohne Reiche, ein Land, in dem die Armut normal ist“ (S. 9). „Es handelt sich um eine

einzigartige Armut. Sie ist nicht nur mit sich selbst zufrieden, sondern sie ist auch demonstrativ und lehrhaft. Als ob sie sagen wollte; Da seht ihr, wie wenig der Mensch braucht. Alles weitere ist überflüssig, also Luxus und Verderbnis sowjetischen oder westlichen Typs" (S.70).

Diese Armut mit dem größten technischen Fortschritt zu vereinen, ohne daß die Phase des Kleinbürgertums durchlaufen wird, hält Moravia für das eigentliche — utopische — Ziel der Kulturrevolution. Er glaubt nicht an eine militärische Auseinandersetzung mit der übrigen Welt; er meint vielmehr, „daß die Kulturrevolution im Grund einen autarken und nationalistischen Große-Mauer-Status vorbereitet, also darauf hinzielt, daß China — und das ist nicht neu in seiner Geschichte — sich für lange Zeit innerhalb der eigenen kulturellen Grenzen einschließt, den Rest der Welt unbeachtet läßt und sich selbst genügt" (S. 75).

Dies sind einige Aspekte aus Moravias kritisch-informativem Bericht; er korrigiert so manche Klischeevorstellung. *Eva Lorenz*

JEAN GEBSER

ASIEN LÄCHELT ANDERS

Ein Beitrag zum Verständnis östlicher Wesensart. Das moderne Sachbudi, Band 70. Ullstein Verlag, Frankfurt/M. — Berlin 1968. 227 S., Ln. 12, — DM.

Jean Gebser hat den Lehrstuhl für Vergleichende Kulturlehre in Salzburg inne; er ist bekannt durch kulturphilosophische Werke wie „Abendländische Wandlung“, „Lorca oder das Reich der Mütter“, „Ursprung und Gegenwart“. Das hier angezeigte Buch ist eine erweiterte Form seiner „Asienfibel“. Gebasers Einschätzung nach befindet sich die westliche Welt in einem Zustand allmählichen kulturellen Verfalls, dessen Symptome er in der zunehmenden „Ichverhärtung“, will sagen Egozentrik, der übermäßigen Zeitabhängigkeit und dem durch die überragende Rolle einer perfektionierten Technik bedingten Materialismus sieht. Der einzig und von ihm daher leidenschaftlich geforderte Ausweg besteht für Gebser in einer gelungenen „Großen Begegnung“ zwischen Ost und West. Darunter versteht er die Ergänzung westlichen rationalen Denkens um eine neue, dem Osten immer noch gegenwärtige Dimension: nämlich die eines Wissens um die magisch-mythische Grundstruktur des Menschen, die auf Harmonie und Gleichgewicht der Welt Wert legt.

Das Ergebnis dieser fruchtbaren Begegnung deutet sich für den Verfasser schon an? „allen Gebieten“ an. Es besteht in dem Bemühen, das menschliche Bewußtsein zu erweitern, zu intensivieren, um ein „arational-integrales Bewußtsein“ zu erreichen. Nicht mit LSD oder für den

Europäer schwer vollziehbaren Yogaübungen sei das zu bewerkstelligen, vielmehr beständige bereits die Kernphysik das Prinzip des „sowohl-als-auch“ gegenüber dem bisher allein richtigen „entweder-oder“. Auf der anderen Seite seien die Ansichten des indischen Religionsphilosophen *Sri Aurobindo* wie des japanischen Zen-Meisters *Suzuki* eine Verarbeitung west-östlichen Gedankenguts.

Um diese abstrakten Überlegungen zu verdeutlichen, stellt Jean Gebser verschiedene von ihm und anderen beschriebene Beobachtungen aus dem asiatischen Alltag an den Anfang seiner Betrachtungen. Auf eine oft verblüffende Weise kommentiert er die „asiatische Wesensart“. Er kritisiert die meist verächtliche Haltung des Europäers oder Amerikaners gegenüber den Asiaten, wie sie beispielsweise *Kipling* ausgesprochen hat, und möchte sie in eine Haltung des Verstehens insbesondere der metaphysischen Hintergründe Asiens umwandeln.

Den Hauptunterschied der beiden Geisteshaltungen sieht er in der historisch erworbenen „Ich-Stärke“ des westlichen Menschen gegenüber der „Ich-Schwäche“, dem „Wir ohne Ich“ des östlichen. Irrationalität, Schicksalsglaube, Sippengeist, mangelndes Gefühl für Zeit, matriarchalische Formen des Zusammenlebens seien uns fremd, dürften aber nicht als „prärationale“ bezeichnet werden. Auf diesem Gebiet trägt der Autor sicherlich zum „Verständnis östlicher Wesensart“ und damit zum Abbau von Vorurteilen und zur Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen bei.

Andererseits ist seine Sicht ausschließlich auf das Spezialgebiet der Kulturphilosophie beschränkt. Seine Beispiele aus dem täglichen Leben sind als Beweis für seine Theorie ausgewählt. Dem Vorwurf willkürlicher Auswahl und eigenwilliger Interpretation will Gebser mit der Bemerkung zuvorkommen, daß eine derartige Kritik nur aus dem Unvermögen gespeist sei, die „westliche Brille“ abzulegen. Dem kann ich nicht zustimmen, da er keine wissenschaftliche, sondern eher eine journalistische Methode anwendet, wohl aber den Anspruch erhebt, darzustellen „wie Asien lebt“ und warum der Asiate so denkt und handelt und nicht anders.

Schon die Behauptung, daß Asien und Europa die beiden geistigen Pole seien, Rußland, Mittel- und Südamerika und Afrika dagegen nur „Vor- und Parallelförmigkeiten“ des Asiatischen und Europäischen, scheint mir nicht haltbar zu sein. Eine weitere Verallgemeinerung ist das völlige Auslassen historischer (mit einer Ausnahme), soziologischer und ökonomischer Faktoren bei der Betrachtung eines so komplexen Tatbestandes wie der Denk- und Lebensweisen großer Völker. Gebser will eine Typenabstempelung vermeiden, schreibt aber ständig von „dem Inder“, „dem Japaner“ und

erklärt, das gelte für „den allgemeinen Stand der Denkweise“ dieser Völker und gestatte Ausnahmen. Was er darunter versteht, erfahren wir jedoch leider nicht.

Barbara Skriver

HANS-WERNER BARTSCH

DIE UNVOLLLENDETE REFORMATION DES 16. JAHRHUNDERTS

Evangelischer Verlag Herbert Reich, Hamburg 1968. 95 S., kart. 5,— DM.

Die Kirchen sind immer noch ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik. Aber sie sind keine in sich einheitlich festgefügtten Blöcke mehr. Sie befinden sich in einem unaufhaltsamen Prozeß der Infragestellung überkommener Autoritäten. Die Situation wurde auf dem Essener Katholikentag überraschend deutlich. Im evangelischen Raum hat die wissenschaftliche Bibelkritik der Universitätstheologie die Möglichkeit einer Spaltung sichtbar werden lassen. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung nicht einfach beiseite geschoben werden können. In einer mündig gewordenen Welt ist die intellektuelle Redlichkeit eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Glaubwürdigkeit kirchlicher Verkündigung. Von solcher Redlichkeit ist auch die vorliegende Schrift getragen.

Ohne auf die Einzelheiten der theologischen Argumentation einzugehen, soll hier die für das Verstehen der gesellschaftlichen Situation heute bedeutsame Grundkonzeption des Verfassers kurz skizziert werden. Es geht um eine radikale Kritik an der Kirche, um sie zurückzuführen zu dem, was im Neuen Testament Kirche ist. Die Kirche der Reformation ist diesen Weg nicht zu Ende gegangen. Sie blieb wesentlich an der Irrlehre interessiert, die im Papsttum verkörpert war, versagte sich darum einer gleichen Kritik an der Lehrentwicklung, die vor dem Entstehen des Papsttums lag. Die Aussagen der Reformation sind keine unaufhebbaren und unabdingbaren Erkenntnisse. Der Irrweg setzt ein, als aus dem Akt des Bekennens das Bekenntnis als absolute Formulierung wird, die einer Kritik entzogen ist. Auf dem Wege zum Ursprung muß die Kirche nicht nur die reformatorischen Bekenntnisse, sondern darüber hinaus auch die altkirchlichen Bekenntnisse der Kritik unterwerfen.

Diese kritische Prüfung hat nach Bartsch einzusetzen bei dem zentralen Punkt der urchristlichen Botschaft, der *Eschatologie*. Die Eschatologie bleibt in dem reformatorischen Bekenntnisschriften eine Lehre von den letzten Dingen im Sinne der am letzten Ende zu erwartenden Dinge, sie ist nicht in dem Sinne Lehre von den letzten Dingen, daß diese Dinge als letztgültig und das Dasein bestimmend verstanden werden. Die Rückgewinnung dieser eschatologischen Erwartung ist der entschei-

dende Punkt einer fortschreitenden Reformation. Die organisatorische Konsolidierung der Kirche in der Welt und die damit parallel gehende Entwicklung einer Orthodoxie erscheinen als die entscheidenden Symptome der Abkehr von der ursprünglichen eschatologischen Erwartung.

Die Wahrheit aller theologischer Aussagen ist zu messen an dem, was sie für den Lebensvollzug bedeuten. Der biblische Aspekt, daß der Gehorsam nichts anderes ist als das im Handeln wirksame gehörte Wort Gottes, muß zurückgewonnen werden. So könnte man formulieren: Kirche ist da, wo das Wort Gottes praktiziert wird. Sie ist nicht da, wo Bekenntnisse orthodox geglaubt werden. Es gibt ein Christentum ohne Dogma. Wenn Bartsch nicht nur die reformatorischen Bekenntnisse kritisch unter die Lupe nimmt, sondern auch vor den altkirchlichen Bekenntnissen nicht haltmacht, so ist das ein legitimes Erbe der Reformation. Die Trinitätslehre, die Lehre vom Gottmenschen, Jesus Christus und vom Heiligen Geist als der 3. Person der Gottheit sind keine Tabus. Wenn die Kirche da ist, wo das Wort Gottes wirksam gehört wird, wo es also eine wirkende Kraft im Lebensvollzug wird, dann bedeutet das auch, daß die Kirche sich nicht als willfähiges Instrument weltlicher Mächte mißbrauchen läßt.

Dieser kurze Hinweis auf das schmale, aber inhaltsreiche Buch möge genügen. Wer etwas von der Wirklichkeit der Kirche heute erfahren will, der greife nach ihm. Es bewahrt uns vor einer Fehlinterpretation der gesellschaftlichen Situation heute, in der ja auch die Kirche eine Funktion ausübt. Es öffnet uns aber ferner die Augen dafür, daß eine Wiedervereinigung der Konfessionen doch wohl wesentlich schwieriger ist, als gemeinhin angenommen wird. Die Reformation geht weiter, und was dabei aus den Konfessionen wird, ist vorerst noch nicht abzusehen.

Prof. Dr. Hans Lutz

RUDOLF DOHRMANN

VERSÖHNUNG HAT POLITISCHE GESTALT

Evangelische Zeitstimmen, Heft 39. Herbert Reich — Evangelischer Verlag, Hamburg 1968; 64 S., brosch. 2,80 DM.

Rudolf Dohrmann, Industriepfarrer in der VW-Stadt Wolfsburg, hat es keine Ruhe gelassen, daß die Christen in seiner Gemeinde nicht genug Einsicht in die Fehler ihrer politischen Vergangenheit zeigen und daher auch keine Bereitschaft zur Versöhnung mit jenen, die so schwer von uns verletzt worden sind, wie z. B. die Polen.

Aus seiner Gewißheit, daß Versöhnung politische Gestalt hat, auch und gerade für den Christen, hat er Vorträge über eine Verständni-

gung mit Polen vor politischen Gruppen, z. B. der Gewerkschaftsjugend, den Jungsozialisten u. a. gehalten und Fahrten nach Polen organisiert. Seine Aktivität hat er unter Worte des Aufrufs von Präses Dr. *Lothar Kreissig* gestellt, die dieser zur Gründung der „Aktion Sühnezeichen“ gesprochen hat. (Mit einer Gruppe der „Aktion Sühnezeichen“ wurde auch eine Fahrt nach Auschwitz unternommen.)

Im vorliegenden Heft sind Arbeits- und Reiseberichte, Vortragsthesen von Pfr. Dohrmann und Kommentare, Briefe und Leserbriefe enthalten. Im Anhang sind die Stuttgarter Erklärung des Rates der EKD vom 19. 10. 1945, ein Auszug aus einem Vortrag von Dr. *Hans Graf Lehndorff* vom 9. 9. 1962 zum Tag der Heimat in der Paulskirche und das Barmer Bekenntnis von 1934 angefügt. Die Schrift ist ein gutes und unterrichtendes Dokument über die Arbeit eines Einzelnen, der mit großem Mut und geringer Unterstützung sein Teil zur deutsch-polnischen Versöhnung beizutragen sich bemüht.

Die Grundsätze einer politischen Diakonie — im Barmer Bekenntnis von 1934 für die deutsche evangelische Christenheit zuerst formuliert — haben Rudolf Dohrmann, der 1931 geboren wurde, zu und bei seiner Arbeit geführt und ihn während einer viermonatigen Verleumdungskampagne (man lese die Briefe!) gestärkt. So ist diese kleine Schrift auch ein Beitrag zur Praxis der politischen Diakonie, die zwar in den Kirchen theoretisch formuliert wurde, aber heute von allen Organisationen (z. B. auch den Gewerkschaften) — bewußt oder unbewußt — geübt wird, die den in ihrer Existenz bedrohten Menschen helfen.

Anne-Marie Fabian

GOETZ A. B R I E F S

GEWERKSCHAFTSPROBLEME IN UNSERER ZEIT

Beiträge zur Standortbestimmung. Fritz Knapp Verlag, Frankfurt/M. 1968. 235 S., Ln. 27.— DM.

Goetz Briefs' Ruf gründet sich vor allem auf seine Lehr- und Forschungstätigkeit in den Zwanziger Jahren. Damals war er einer der wenigen deutschen Hochschullehrer, die sich publizierend und lehrend mit Problemen der Gewerkschaftsbewegung mutig und positiv auseinandersetzten. Auch damals schon hatten die Gewerkschaften in ihm aber keinen unkritischen Freund. Ich erinnere mich meiner Teilnahme an einem Seminar der früheren Handelshochschule Berlin, in dem er Ansichten vortrug, die meinen lebhaften Widerspruch hervorriefen.

Briefs hat dann über 30 Jahre in den USA gelebt und gelehrt. Unter dem Eindruck der Erfahrungen, die er dort sammelte, ist seine

Haltung gegenüber den Gewerkschaften immer kritischer, sind seine Schriften teilweise fast zu *Kassandra-Rufen* gegen sie geworden. Ich kann es aber verstehen, wenn er sich im Vorwort seines letzten Buches „Gewerkschaftsprobleme in unserer Zeit“ dagegen verwehrt, ein Gewerkschaftsfeind geworden zu sein. Der Grund seiner Sorge, so erklärt Briefs, liege nicht in der Negation, sondern darin, „daß die Gewerkschaften im Gesetz ihres Antritts verhaftet geblieben sind, obwohl sie es erneut hätten überdenken sollen“ (S. 9).

Haben die Gewerkschaften ihren Standort nicht neu überdacht? Ihr Grundsatzprogramm von 1963 und die ihm vorausgegangene jahrelange Diskussion zeigt, daß sie es getan haben. Briefs nimmt davon offenbar nicht ausreichend Kenntnis, sonst hätte er das Kapitel „Kritische Bemerkungen zum Entwurf des DGB-Grundsatzprogrammes“ ändern und auch andere Kapitel aufgrund der zahlreichen Einwände, die gegen sie früher bereits vorgebracht wurden, neu fassen müssen. Denn es handelt sich nicht um ein wirklich neues Buch, sondern weitgehend um eine um mehrere Kapitel vermehrte zweite Auflage seines 1955 erschienenen Buches über das Gewerkschaftsproblem gestern und heute.

Wenn ich mich recht erinnere, hat Briefs die darin neu enthaltene Abhandlung über das Grundsatzprogramm anlässlich eines Deutschland-Besuches als Auftragsarbeit geschrieben. Damals war die Diskussion noch im Gange; der außerordentliche Bundeskongreß des DGB hat noch wichtige Abänderungen und Ergänzungen vorgenommen. Es ist kaum vertretbar, daß Briefs in einer Schrift des Jahres 1968 seine Stellungnahme zum Entwurf des Jahres 1963 aufnimmt, während eine redliche Auseinandersetzung erwarten dürfte, daß von dem tatsächlich geltenden Programm ausgegangen wird. Eine kurze Vorbemerkung genügt nicht, diesen Mangel aufzuheben, zumal auch sie als mindestens ungenau bezeichnet werden muß.

Auch an anderen Stellen des Buches habe ich den Eindruck, daß Briefs frühere Behauptungen übernimmt, ohne zu überprüfen — was er doch von den Gewerkschaften fordert! —, ob sie sich wissenschaftlich noch vertreten lassen. So behauptet er beispielsweise, sich selbst aus einer Schrift von 1952 zitierend: „Das Ziel einer Gewerkschaft kann es nicht sein, eine alles umfassende Einheitsorganisation darzustellen“; das erinnere an Arbeitsfront und trage „den Anspruch der Zwangsorganisation zu deutlich auf der Stirne“. Wer das 1968 weiterhin wie 1952 erklärt, müßte sich im klaren sein, daß er damit keine wissenschaftliche Erkenntnis, sondern eine politische Meinung vertritt. Im nächsten Satz sagt er sodann: „Es kann nicht das Ziel der Gewerkschaften sein, einen monolithischen Block im Gefüge einer Demokratie darzustellen... Es

kann nicht das Ziel der Gewerkschaften sein, das Volk zu repräsentieren... Sie haben ferner nicht das Recht, sich als einzige, geschlossene demokratische Macht zu proklamieren, die daher die ganze Macht am besten übernehme." Manch einer wird sich erstaunt fragen, woher Briefs das alles hat. Die Antwort gibt er selbst: „Das sind Ansprüche, die man in der Gewerkschaftspresse hie und da findet." Ich weiß nicht, in welchen Gewerkschaftsblättern Briefs das in den 50er Jahren gefunden haben will; aber wenn er 1968 sein Gewerkschaftsbild daran orientiert, ist es ein falsches Bild. Die Gewerkschaften haben niemals behauptet, daß sie die „einzige geschlossene demokratische Macht" seien und allein das Volk repräsentieren.

Das obige Zitat steht auf S. 108 als Einleitung zu dem Kapitel „Zwischen Logik und Dialektik der wirtschaftlichen Mitbestimmung", in dem Briefs erneut Argumente gegen die Mitbestimmung vorträgt. In ihrer Grundtendenz stimmen sie mit seinem 1952 veröffentlichten Buch „Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus" überein, von dem die neue Schrift ein Kapitel „Gewerkschaftslogik und Mitbestimmung" übernimmt und über das er rückblickend betont (S. 135), er sehe „heute keine Veranlassung, meinen Standpunkt zu ändern".

Das ist bedauerlich; von einem Wissenschaftler darf erwartet werden, daß er seine Thesen immer wieder mit der ökonomischen und soziologischen Wirklichkeit und den Einsichten anderer Wissenschaftler vergleicht. So aber behauptet er nach wie vor, daß die Mitbestimmung „aus einer einmaligen historischen Konstellation" entstand, obwohl er wissen sollte, daß sie keine zufällige pragmatische Forderung, sondern das Ergebnis einer langen historischen Entwicklung ist. Weiterhin schreckt ihn die Furcht, daß die Gewerkschaften die Macht, die ihnen angeblich durch die Mitbestimmung — ihre Organisationsmacht verstärkend — zuwächst, mißbrauchen könnten, obwohl ihn die Geschichte der deutschen Gewerkschaften und die realen Machtverhältnisse in diesem Lande eines anderen belehrt haben sollten — ganz abgesehen davon, daß auch er — wie viele andere Kritiker — es versäumt, Art und Umfang des behaupteten Machtzuwachses konkret nachzuweisen.

Wenn Unternehmensvertreter behaupten, die Mitbestimmung würde die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes verletzen, so ist das noch irgendwie verständlich. Wenn jedoch ein Mann wie Briefs als langjähriger Hochschullehrer diese falsche These übernimmt und nicht zu sehen scheint, daß die Mitbestimmung grundsätzlich unabhängig von der Frage des Eigentums ist; wenn er vor ihrer unterschiedslosen Anwendung „auf alle möglichen Industrien" (S. 125) warnt, obwohl er wissen muß, daß die Gewerkschaften die paritätische wirtschaftliche

Mitbestimmung nur für die Großunternehmen fordern (also durchaus Unterschiede zwischen diesen und den mittleren sowie kleineren Betrieben anerkennen), wenn er ohne den Versuch eines Beweises behauptet, die Entschlußfähigkeit der Unternehmensleitungen würde bei der Mitbestimmung „durch einen tief gestaffelten Instanzenzug verschieden gelagerter Interessen unterbunden" (S. 125) und 1968 noch erklärt, Deutschland stünde „mit der Forderung nach paritätischer wirtschaftlicher Mitbestimmung" (S. 111) allein, so vermag ich auch darin keine wissenschaftlich begründeten Aussagen, sondern nur politische Behauptungen zu erblicken.

Briefs selbst unterstreicht diese Tendenz seiner Darlegungen noch, indem er an einer Stelle maliziös bemerkt, die Mitbestimmung habe sich „natürlich für die privilegierten Gewerkschaftsvertreter im Vorstand und Aufsichtsrat bewährt" — um wenige Zeilen weiter hinzuzufügen, dies sei aber „noch keine Garantie der Bewährung in wirtschaftlichen Dingen, solange die Mitbestimmung nicht durch Deflation, also Rezession und eventuell Krise bedrängt worden ist" (S. 123). Aber gerade dies ist in den beiden letzten Jahren geschehen, und auch von Unternehmenseite mußte anerkannt werden, daß sich die Mitbestimmung in dieser Rezessionszeit und bei der Bewältigung schwieriger Strukturprobleme von Kohle und Stahl bewährt hat. Briefs nimmt davon keine Kenntnis, was den Eindruck verstärkt, daß er sein Manuskript früher geschrieben und leider versäumt hat, es 1968 abzuändern.

Briefs hält die gewerkschaftliche These, die Mitbestimmung müsse im Namen des Arbeiters gefordert werden, für „unglaublich" (S. 115). Nach seiner Meinung sei die „Forderung nach kondominialer Macht in der Wirtschaftsführung großer Unternehmen ein bedenklicher, vielleicht fataler Bruch" mit dem Wesen der Gewerkschaften, denn „das Kondominium versetzt sie unter die Arbeitgeber" (S. 127) und wenn sie die paritätische Mitbestimmung gewönnten, also Herrschaft als Gewerkschaft und (kondominialer) Arbeitgeber ausübten, dann würden sie zwar ihre jetzt stagnierenden Mitgliederkader durch diesen doppelten Druck auffüllen können, die Freiheit des mündigen Arbeiters aber opfern. In Fettdruck fügt er dann hinzu: „Die polare Spannung zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeberverband ist die Garantie der Freiheit für den arbeitenden Menschen; wer diese Spannung auflöst, verliert das Recht, im Namen der Freiheit und Würde des arbeitenden Menschen zu reden." (S. 120/121).

Es würde hier zu weit führen, das Abwegige dieser Ausführungen — in denen verschiedene Problemkreise miteinander vermischt werden — im einzelnen darzulegen. Nur soviel sei angemerkt, daß es um die Freiheit des

arbeitenden Menschen schlecht bestellt wäre, wenn sie allein von der „polaren Spannung“ zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden abhinge. Logischerweise müßten Freiheit und Würde des Arbeiters am besten in jener Zeit gewahrt gewesen sein, in der diese Spannungen am ausgeprägtesten waren, nämlich vor dem ersten Weltkrieg. Und konsequenterweise müßten nun auch die Arbeitgeberverbände endlich aufhören, die „Sozialpartnerschaft“ zu fordern, weil sie damit an einer Auflösung der „polaren Spannung“ arbeiten. Schon diese Hinweise lassen erkennen, daß Briefs in seiner Vorstellungswelt immer noch von einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ausgeht — der liberalen nämlich —, die es in der Wirklichkeit nicht mehr gibt, selbst nicht mehr in den USA, die sein Gewerkschaftsbild so stark beeinflußt und ihm anscheinend den Blick für die wesentlich andere Dynamik der deutschen Gewerkschaften getrübt haben.

Mißdeutungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung finden sich auch in anderen Beiträgen des Buches. Dennoch empfehle ich seine kritische Lektüre nachdrücklich; denn natürlich enthält es unbeschadet der erwähnten und anderer Fehlaussagen wertvolle Analysen und Untersuchungen, die jeden Gewerkschafter zwingen, seinen eigenen Standort neu zu überdenken.

Dr. Kurt Hirche